

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)
Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- Bundesjustizministerin -
Frau Katarina Barlay - persönlich -

Mohrenstraße 37
10117 Berlin

- per e-mail übermittelt -

Eichwalde, den 5. September 2018

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -
Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

- Offener Brief -

Gefährdung von Rechtsstaat, Sozialstaat und
Demokratie in Deutschland und Brandenburg

- Bemerkungen zu Ihrem Interview "Wir stehen am Scheideweg.

Justizministerin Katarina Barlay über die schweigende

Mehrheit, falsche Abschiebungen und den Streit um

Paragraf 213a", MAZ 4. September 2018 -

Sehe geehrte Frau Bundesjustizministerin,

wenn Sie den Scheideweg, vor welchem Ihres Erachtens Deutsch-
land steht, auf die Alternativen "Radikalisierung" oder "re-
spektvoller Umgang miteinander" beziehen, kann ich Ihnen nur
voll zustimmen - aber der respektvolle Umgang miteinander
muß natürlich auch regierungsseitig angestrebt werden!

Gerade damit haperte es bisher vielfach.

Auch Ihren Wunsch, es möchten mehr Bürger offen für die De-
mokratie einstehen, stimme ich voll zu, wobei ich dies mit
dem Einsatz für soziale Rechtsstaatlichkeit einschließlich
des Grundgesetzesbezuges und einschließlich der Gewaltenteil-
ung gleichsetze und für mich zur Demokratie auch die offene
sachliche Diskussion realer Probleme in den Legislativen ein-
schließlich der Korrektur der Exekutive, sofern erforderlich,
gehört und ferner die Freiheit der Rechtsprechung.

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren
in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Elektrischer Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werk Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schwemmschiffbau und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik-Technologie,
Bunboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor
mit Übersetzungen zur Spezialliteratur
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
handeltischen, Simulations- und eigenständigen
Programmen
- 1972, 1974 Fichtpreisträger und Humboldtpreisträger
der Bunboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundlagen im DEUTSCHEN MESSTECH (DMT)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Schulfragen im Auftrag des
Landesstaatsanwalts Cottbus
- 1953-73 Selbstständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- im 1990 Veröffentlichung "Zum Thema Preistaffelminderungen"
mit der Berechnung möglicher Fertigungsbegleitender
Maßnahmen für Typen, Sorten und Chargen
für Duploplast-Farmstoffteile, MASIE UND LAUSITZ
- 1996 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus im
Auswärtigen Plastikverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sojetischen
Gut-Toleranz- und Passungssystems zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil II: Ermittlungs-Aufgabenfolge-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit den Co-Autoren
Dr. Wilfried Scheef, Zentralbibliothek für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Straußitz, TU Dresden
- 1969-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu technologischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Ermittlung
von Fertigungskostenminderung durch größere
Bestellmengen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- im 1970 Ermittlung der Parameter des Elasmoförungsprozesses
von Duploplastformteilen aus Abmaß-Behälter-
Verteilungen, Zeitungsvertrag der Sektion
Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen
Fachtagungen IAST/Plastik der Konvergenz-Technik, Dresden
- im 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes
der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens,
Bunboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sojetischen
Zweckmäßigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)
- 1992 Dissertationsentwurf in PEINERFÄHIGKEIT
29(1993) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit Kennzeichen Schmidt über BEISS KORN an
Zentralen Bundestisch und Regierung
- 1995/97 Vorschlag zur Einführung einer John-Sauer
(Spezialloos-Bauplan) und eines neuen
Bretton-Woods-Abkommens (fests Wechselkurse)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
noch vor der ERO-Einführung
- 2013-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes
(BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitrag zur ERO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Einkaufs- und -Vertriebs-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses
Eingaben Berlin Brandenburg International (ERI)
durch Veröffentlichungen, Briefe, Vorträge,
Vorschläge, Ausschreibungen und Presse-Informationen
und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE BEI FÜR
FLUGSICHERHEIT, ROBERT SCHULZSCHÜTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-zi.de>
www.eichwalde.com und www.bwb-er.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENBEZITTLICHE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

All dies sehe ich aber in Gefahr !

Da Ihnen die Verhältnisse im Land Brandenburg bestens bekannt sind, verweise ich diesbezüglich nur auf den BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex mit den Teilproblemen BER-Projekt-Masterplan-Erweiterung ohne neues Planfeststellungsverfahren trotz Aufstockung der geplanten Fluggastzahlen auf fast das Doppelte des PFB-Wertes und trotz des Fehlens eines abgeschlossenen Umweltverträglichkeits-Prüfverfahrens trotz Klagen der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik vor dem EuGH und trotz Nichteinhaltung der Bedingungen für den Konsensbeschluß zum Standort Schönefeld und für den PFB auch zu geltendem EU-Recht und trotz der Ignorierung der sich daraus ergebenden erforderlichen Offenhaltung von Tegel TXL, der Gefährdung des Berliner Flughafensystems und ferner trotz der Ignorierung der Volksentscheide zum Nachtflugverbot in Brandenburg trotz Annahme durch Regierung und Landtag und zur Offenhaltung von Tegel TXL in Berlin.

All dies und vieles Weitere wird als Rechts- und Vertrauensbruch der Politik gegenüber den Wahlbürgern wahrgenommen, welcher als wahlverhaltensrelevant erscheint !

Unsere Gruppierung von Bürgerinitiativen hat sich aber deshalb nicht vom Rechtsstaat abgewandt, sondern tritt weiter aktiv für die Einhaltung geltenden Rechts ein, wie aus der Internet-Adresse <http://berlin-brandenburg-21.de> ersichtlich ist, welche ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle. - auch nicht zuletzt wegen der rechtswidrigen BER-Projekt-Co-Finanzierung durch Haushalte über zu hoch berechnete Beiträge und zuvor bereits zu hoch berechneten Gebühren zu gleichen Investitionskosten entgegen dem Doppelbelastungsverbot nach Prof.Brüning und entgegen der EU-Wasserrahmenrichtlinie WRRL 2000/60/EG über den MÄRKISCHEN ABWASSER- UND WASSERZWECKVERBAND (MAW).

Da all unser Einsatz für sozial-rechtsstaatliche Verfahrensweise bei Exekutive und Legislative bisher ohne positive Folgen blieb, traten wir auch bereits an den Herrn Bundespräsidenten als moralische Instanz heran -- mit bisher gleichem Ergebnis. Und auch die uns angekündigte tiefere Prüfung unserer Zusendung "Europäisches Recht ist umzusetzen ..." Stand 1.Mai 2017 über den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestag blieb bisher ergebnislos.

Wenn Bürger sich in dieser Weise schon jahrelang vergeblich für den demokratischen Rechtsstaat engagieren und das niederschmetternde Ergebnis der Öffentlichkeit bekannt wird - und das wird es über das Internet - und wenn auch viele andere engagierte Bürger ähnliche Erfahrungen machen, brauchen sich die Politiker über das stetige Anwachsen der außerparlamentarischen Opposition nicht zu wundern !

Und wenn keine anderen Parteien als unsere FREIEN WÄHLER und die AfD dagegen wirklich opponieren, braucht man sich auch nicht zu wundern über den Erfolg von AfD und PEGIDA, denn m.W. demonstriert dort manch Bürger nicht einmal wegen aktueller Probleme mit, sondern wegen befürchteter Folgen für zukünftige Generationen, weil wegen der unterschiedlichen Geburtenraten die Gefahr gesehen wird, daß Deutsche in Deutschland mal zur benachteiligten

Minderheit werden könnten.

Daß in Berlin als Bundeshauptstadt sogar Gefahr besteht, bezeugt der bewaffnete Clan-Kampf von Arabern in aller Öffentlichkeit.

Wenn sich dann besorgte und für den Rechtsstaat engagierte Bürger Protest-Demos anschließen und deshalb sofort pauschal als Rechtsextreme mit nazistischem Hintergrund bezeichnet werden, dürfte dies auf die Protestbewegung nicht dämpfend, sondern eher noch fördernd wirken, weil sich viele Bürger unfair behandelt fühlen.

Denn wenn die Politik in ihrem Verhalten gegenüber den Bürgern nicht die Prinzipien des sozialen demokratischen Rechtsstaates hochhält, warum sollen sich dann diejenigen Bürger, die nicht die reale Problematik erkennen können und deshalb auch nicht noch immer Erfolgsmöglichkeiten zu rechtsstaatlichen Ergebnissen zu gelangen sehen, nicht zu den oppositionellen Demonstranten stoßen - sie sehen ja gar keinen anderen Weg, sich in Richtung der Erfüllung ihrer Forderungen bemerkbar zu machen !

Daß sie dabei nicht ihre Mitdemonstranten genauer in Augenschein nehmen, dürften sie als Kollateralschaden erachten, sofern es ihnen überhaupt bewußt wird.

Eine Demonstrations-Alternative könnte zwar nun die neue linke Sammlungsbewegung ~~h~~ aufstehen von Sarah Wagenknecht sein, welche Sie, Frau Ministerin, aber ebenfalls ablehnen.

Andrerseits räumte gestern im rbb-Fernsehen ein Polit-Professor linken wie rechten Sammlungsbewegungen durchaus mögliches Zukunftspotential ein, weil die alten Volksparteien die Verbindung zu den Wählern recht weitgehend verloren hätten und deshalb s.E. weiter an Bedeutung verlieren dürften, weil sie als "politische Dinosaurier" betrachtet würden.

Und auch unsere Gruppierung hat z.B. bezüglich des BER-SXF-TXL-MAW-Komplexes sowohl die Politik der Groko als auch der rot-rot-rot Landesregierung und des rot-rot-grünen Senats als abgehoben, ignorant und rechtsfern erachtet, während die FDP wesentlich in unserer Achtung gestiegen ist.

Trotzdem haben wir die Problematik vielfach an verantwortliche Politiker jeglicher Couleur herangetragen - leider bisher aber ohne Erfolg ! Und Brandenburgs Regierungsparteien übten sich weitgehend in Subalternämie und Claqueurismus !

Die Parteienlandschaft ist ja schon lange im Unbruch, was der Aufstieg von neuen und auch Splitterparteien belegt : Grüne, Freie Wähler, Linke, Piraten, AfD und nun wieder FDP. Da muß vor den nächsten Wahlen noch viel Hoffnung aus der Führung der alten Volksparteien kommen, wenn sie ihren Stand wenigstens noch halten wollen ! Bisher sieht es aber noch nicht danach aus !

Sie als Bundesjustizministerin können unsere Hoffnung erfüllen und viel zum Erzielen rechtsstaatlich-demokratischer Lösungen beim BER-SXF-TXL-MAW-Komplex bewirken, denn der Bund ist ja Mitgesellschafter und die Verhältnisse im Land Brandenburg sind Ihnen ja aus eigenem Erleben wohlbekannt

Sie erhalten deshalb hierzu als Hinweise zu unseren Auffassungen für eine rechtskonforme Problemlösung gemäß den Verhältnissen beim MAW mein Schreiben vom 3. September 2018 an den Eichwalder Bürgermeister sowie vom 25. August 2018 an alle MAW-Gesellschafter-Kommunen mit den Tabellen vom 10. Juni 2018 zur Finanzierung der Beitrags-Rückzahlungen unter Berücksichtigung der MAW-Gesetzesverstöße über das BVerfG-Urteil vom November 2015 hinaus und zum Umfang der MAW-Beitragsrückzahlungs-Berechtigten gem. aktuellen Erkenntnissen.

In der letzten MAW-Versammlung am 30. August 2018 wurde, wie man mir berichtete, statt einer "MAW-verbandseinheitlichen Lösung" eine "gemeindespezifische Lösung nach Kassenlage" der jeweiligen Gemeinde präferiert, indem jede Gemeinde ihre eigene Satzung (!) hierzu verabschiedet, und MAW-RA Pencereci beantwortete die Frage, gegen wen denn dann die Bürger beim Widerspruch gegen nicht rückerstattete Beiträge klagen sollen, mit "Gegen den MAW !" (!).

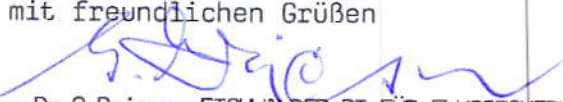
Als Juristin dürfte Ihnen jedoch klar sein, daß aber gegen dasjenige Dokument zu klagen wäre, welches die Beitrags-Rückzahlung verhindert, also gegen die gemeindliche Satzung und damit gegen die Gemeinde und nicht gegen denjenigen Verband, welcher rechtswidrig "kassierte", nämlich den MAW, welcher dadurch aus der Haftung für all seine Rechtsverstöße "entlassen" wird ! Auch hierzu erfolgte also wieder die "Rechtsberatung" so, daß die Bürger mit ihrem Anliegen schuldlos vor Gericht scheitern müssen und die Auseinandersetzung verstärkt in die Gemeinden getragen wird - ebenso der Frust !

Und das allgemeine Chaos würde so noch einmal wesentlich vergrößert werden, auch in Richtung Unübersichtlichkeit und Ungerechtigkeit.

Es ist nur ein Beispiel, aber solche Beispiele entfalten, sofern sie Ihrerseits positiv gelöst werden, Vorbildwirkung ! Bitte tun Sie also etwas in dieser Richtung zur Durchsetzung demokratisch-rechtsstaatlicher Verfahrensweisen, damit Deutschlands Bürger an dem von Ihnen gesehenen Scheideweg nicht in die falsche Richtung marschieren ! Hier ist jetzt die Politik in der Pflicht, denn solche Vorgänge können nur einem Zerrbild des Rechtsstaates zugeordnet werden !

In der Hoffnung auf Ihr wirkungsvolles Eingreifen verbleibe ich in Erwartung Ihrer Rückäußerung

mit freundlichen Grüßen


- Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -

A n l a g e n